

Stand: 10.07.2026 23:59:10

Initiativen auf der Tagesordnung der 35. Sitzung des OD

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12306 vom 10.06.2026
2. Initiativdrucksache 19/12309 vom 10.06.2026
3. Initiativdrucksache 19/12623 vom 29.06.2026
4. Initiativdrucksache 19/12624 vom 29.06.2026
5. Initiativdrucksache 19/12648 vom 29.06.2026
6. Initiativdrucksache 19/12794 vom 08.07.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Für eine Serviceoffensive als Baustein einer modernen und serviceorientierten Verwaltung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Servicequalität im öffentlichen Dienst auf Grundlage der bereits bestehenden Regelungen sowie unter besonderer Berücksichtigung von Aspekten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu prüfen. Dabei sollen die unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger sowie die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Verwaltung hinreichend einbezogen werden.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, dem Landtag nach seiner Ausarbeitung über das Konzept zu berichten.

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“ des Landtags hat im Rahmen ihrer Handlungsempfehlungen zum Thema „Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern“ empfohlen, eine Serviceoffensive für den öffentlichen Dienst zu entwickeln. Einheitliche, zentral vorgegebene Mindeststandards etwa zu Erreichbarkeit, (möglichst digitaler) Terminvereinbarung, Öffnungszeiten oder Bearbeitungsdauer sollen hierfür erarbeitet und implementiert werden. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, die Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Servicequalität im öffentlichen Dienst zu prüfen.



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Alfred Grob, Josef Zellmeier, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Jenny Schack, Andreas Schalk, Werner Stieglitz, Peter Tomaschko CSU

Für eine digitale und moderne Verwaltung: Schulungs- und Informationsangebote für die Bediensteten im öffentlichen Dienst stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Ausgabemittel Schulungen und Informationsangebote im Bereich digitaler Prozesse und Services für die Bediensteten im öffentlichen Dienst zu entwickeln sowie vorhandene Hilfestellungen und Broschüren verstärkt an die Behörden im Freistaat zu vermitteln. Die entsprechenden Bildungsangebote können von den Fachabteilungen der Ressorts in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Finanzen entwickelt und zentral angeboten werden.

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“ des Landtags hat im Rahmen ihrer Handlungsempfehlungen zum Thema „Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern“ empfohlen, Schulungen und Informationsangebote im Bereich digitale Verwaltungsprozesse und Services verstärkt anzubieten. Um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bayerns Behörden „mitzunehmen“, müssen diese die digitalen Services selbst nutzen können. Hierfür braucht es insbesondere Schulungen und Informationsangebote. Schon in der Ausbildung an der Verwaltungsschule und an der Hochschule für den öffentlichen Dienst muss ein noch stärkerer Fokus auf digitale Prozesse und effizienten Bürgerkontakt gelegt werden. Bestehende Broschüren und Hilfsmittel der Staatsregierung geben wertvolle Hilfestellungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sind jedoch oftmals nur wenig bekannt. Sie sollen zukünftig verstärkt aktiv beworben und an die verschiedenen Behörden vermittelt werden. Besonders geeignet ist dafür die zentrale E-Learning-Plattform BayLern, die bereits jetzt ressortübergreifend Wissen an die Mitarbeiter des Freistaates vermittelt.



Antrag

der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Zukunftssicherung der Polizei: Sicherheit stärken, Beschäftigte entlasten, Rechtsstaat sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Stärkung und Zukunftssicherung der Bayerischen Polizei,

- dem Landtag jährlich über die Arbeitsbelastung bei der Polizei insbesondere über in sämtlichen Präsidien und Dienststellen anfallende Überstunden, Mehrarbeit, krankheitsbedingte Ausfälle, unbesetzte Stellen und Abordnungen in Schutz-, Kriminal- und Bereitschaftspolizei zu berichten,
- eine Zukunftsoffensive Kriminalpolizei zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen,
- einen Ausbildungs- und Fortbildungspakt Bereitschaftspolizei einzurichten, der insbesondere die Entlastung der Ausbilder von Zusatzaufgaben, moderne Trainingszentren, regelmäßiges Einsatztraining, Führungskräftequalifizierung, digitale Lernplattformen und feste Fortbildungskontingente für Deeskalation, taktische Kommunikation, Amok-/Terrorlagen, Erste Hilfe im Gefahrenbereich und Cyber-Grundkompetenz und Versammlungslagen vorsieht.

Begründung:

Unsere Polizei leistet hervorragende Arbeit. Umso wichtiger ist es, sie für die Zukunft optimal aufzustellen. Der bestehende Fachkräftemangel im Tarif- und Verwaltungsbereich führt zu einer massiven Überlastung. Überstunden, Fehlzeiten und Mehrarbeit stehen im Widerspruch zu den versprochenen guten Arbeitsbedingungen. Um einen Überblick über das Gesamtpersonalpaket Polizei zu bekommen und die Defizite abbauen zu können, ist ein jährlicher Bericht über die Arbeitsbelastung notwendig.

Bei der Kriminalpolizei sind Defizite bei den Kriminaldauerdiensten und kleinen Organisationseinheiten zu verzeichnen, weil Kräfteverschiebungen zugunsten der ebenfalls wichtigen Terrorismus- und Cybercrime-Bekämpfung stattgefunden haben. Aber auch Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Kinderpornographie und Betrug im Gesundheitswesen müssen konsequent bekämpft werden, weswegen eine Zukunftsoffensive Kriminalpolizei notwendig ist. Es braucht Direkteinstiegsmodelle für IT-, Wirtschafts- und Datenexpertinnen und -experten, eine bessere Eingruppierung von Spezialistinnen und Spezialisten, mehr Kriminaltechnik, mehr digitale Forensik und mehr psychosoziale Unterstützung für besonders belastete Bereiche wie Todesermittlungen, Sexualdelikte und Kinderpornografie.

Die Bayerische Bereitschaftspolizei ist Ausbildungsorganisation und zugleich Einsatzreserve. Das ist strukturell anspruchsvoll: Sie muss Nachwuchs ausbilden, Großeinsätze bewältigen, Personal für Sonderlagen stellen und zugleich moderne Einsatzkompetenzen vermitteln.

Es müssen daher weiterentwickelte Interventionskonzepte für neue Bedrohungslagen in die Ausbildungspläne der Bereitschaftspolizei und in das Curriculum der Hochschule eingearbeitet werden. Führungspositionen in operativen Einheiten sollten zudem neigungs- und qualifikationsgerecht besetzt werden; bereitchaftspolizeispezifische Qualifikation und Aufgabenidentifikation sind zwingend erforderlich. Ein Aus- und Fortbildungspakt Bereitschaftspolizei muss auch Ausbilder von Zusatzaufgaben entlasten und moderne Trainingszeiten vorsehen.



bayer

Antrag

der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäuml, Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Modern, praxisnah und sicher – Ertüchtigungsprogramm für die Trainings- und Ausbildungsinfrastruktur der Bayerischen Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Ertüchtigungsprogramm für die Trainings- und Ausbildungsinfrastruktur der Bayerischen Polizei zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen.

Das Programm muss folgende Kernbereiche umfassen:

- **Neubau und Sanierung von polizeieigenen Schießstätten**
Systematische Modernisierung maroder und gesundheitsgefährdender Schießanlagen in den Polizeipräsidien. Die Anlagen sind flächendeckend auf den neuesten Stand der Technik (raumluftechnische Anlagen zur Schadstoffreduzierung, moderne Trefferanzeigesysteme) zu bringen.
- **Flächendeckender Ausbau von Trainingszentren für Integriertes Einsatzverhalten**
Schaffung von realitätsnahen Trainingsumgebungen (sog. Raum-in-Raum-Systeme oder „Übungsdörfer“) an den zentralen Standorten der Bereitschaftspolizei und in allen Flächenpräsidien, um lebensnahe Einsatzszenarien – wie Amoklagen oder häusliche Gewalt – taktisch sauber abbilden zu können.
- **Einführung modernster VR- und Simulations-Technologie**
Ausstattung der regionalen Trainingsstandorte mit Virtual-Reality-Simulatoren (VR). Diese Technologie soll das physische Training ergänzen und es den Beamtinnen und Beamten ermöglichen, deeskalierende Gesprächsführung sowie taktisches Verhalten in hochkomplexen Stresssituationen digital und ressourcenschonend zu trainieren.
- **Ausbau von polizeieigenen Sport- und Fitnessstätten**
Gewährleistung der körperlichen Fitness im Schichtdienst durch die Sanierung und den zeitgemäßen Ausbau von Kraft- und Ausdauertrainingsräumen auf den Dienststellen vor Ort, um Verletzungsrisiken im Einsatz zu minimieren.

Begründung:

Die Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Polizei im täglichen Dienst steigen kontinuierlich. Komplexe Bedrohungslagen, die Zunahme von Gewalt gegen Polizeikräfte sowie Einsätze im Bereich psychischer Ausnahmesituationen erfordern ein Höchstmaß an Professionalität, mentaler Stärke und taktischer Routine.

Grundlage für dieses rechtssichere und professionelle Handeln ist ein kontinuierliches, qualitativ hochwertiges und vor allem regelmäßiges Einsatztraining.

Die Realität der polizeilichen Trainingsinfrastruktur im Freistaat hält mit diesem Anspruch jedoch an vielen Stellen nicht mehr Schritt. Viele Schießstände und Trainingsstätten in den Liegenschaften der Bayerischen Polizei stammen aus den 1970er und 1980er Jahren. Sie sind baulich veraltet, genügen oft nicht mehr modernen Arbeitsschutz- und Umweltstandards und weisen erhebliche Mängel bei den Belüftungsanlagen auf, was im schlimmsten Fall zu gesundheitlichen Belastungen der Beamten durch Bleistaub führt.

Zudem führt der akute Mangel an modernen Trainingsflächen und modernen Raumschießanlagen in der Fläche dazu, dass Streifenbesetzungen oft weite Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen, um ihre gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtübungseinheiten zu absolvieren. Diese Zeit fehlt den Beamtinnen und Beamten im regulären Streifendienst auf der Straße.

Während der Freistaat medienwirksam in schweres Gerät und Spezialzentren investiert, wird das tägliche Fundament der Polizeiarbeit – das regelmäßige Training des „Handwerkszeugs“ für den normalen Streifendienst – sträflich vernachlässigt. Ein zeitgemäßes Einsatztraining benötigt moderne Trainingszentren, in denen das Zusammenwirken von Kommunikation, dem Einsatz von Deeskalationstechniken, dem Taser und der Dienstwaffe unter realistischen Bedingungen trainiert werden kann. Das Schießtraining muss deutlich intensiviert werden.

Durch die gezielte Kombination aus der Sanierung realer Schieß- und Trainingsstätten und der Einführung innovativer VR-Simulationen schaffen wir die Voraussetzungen für eine optimal vorbereitete Polizei. Das sind wir den Beamtinnen und Beamten, die täglich für unsere Sicherheit ihre Gesundheit riskieren, schuldig. Wer Einsatzkräfte in gefährliche Lagen schickt, muss ihnen auch Training, Zeit und Ausstattung geben.



Antrag

der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Nachhaltige Mobilität beim Dienstherrn sichern – Einführung einer sozial gerechten Kostenpauschale für E-Fahrzeuge von Bediensteten an staatlichen Liegenschaften

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Ladeinfrastruktur an allen staatlichen Liegenschaften und Dienststellen im Freistaat für die privaten Elektro- und Hybridfahrzeuge der Bediensteten des Freistaates (beispielsweise bei der bayerischen Polizei, in den Ministerien, nachgeordneten Behörden und staatlichen Schulen) weiterhin unbürokratisch zugänglich zu machen.

Hierbei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Echte Anreize müssen erhalten bleiben
Das Laden von privaten E-Fahrzeugen während der Arbeitszeit an den Dienststellen des Freistaates sollte weiterhin als moderner Baustein der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfürsorge ermöglicht werden.
- Geringe Kostenpauschale
Es ist unverzüglich ein landesweit einheitliches Modell für eine geringe, sozial gerechte Kostenpauschale (bzw. ein vergünstigter Selbstkostentarif pro Kilowattstunde) einzuführen. Es ist dabei sicherzustellen, dass die Einnahmen der entsprechenden Liegenschaft oder Dienststelle zugeordnet werden.
- Verzicht auf bürokratische Hürden
Die Abrechnungs- und Zugangssysteme muss so schlank und unbürokratisch wie möglich gestaltet werden (z. B. über bestehende Dienst- oder Parkausweise), um weder den Dienststellen vor Ort noch den Bediensteten zusätzlichen Verwaltungsaufwand aufzubürden.
- Ausbau der Infrastruktur
Der Ausbau von Ladesäulen an staatlichen Dienstgebäuden muss konsequent vorangetrieben werden, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden und den Freistaat als klimabewussten Arbeitgeber zu positionieren.

Begründung:

Der Freistaat betont fortlaufend seine Vorreiterrolle beim Übergang zur Elektromobilität. Wer von der Bevölkerung und der Wirtschaft eine Transformation hin zu nachhaltigen Antriebsformen einfordert, muss als größter Arbeitgeber des Landes mit gutem Beispiel

vorangehen. Das Bereitstellen von verlässlicher Ladeinfrastruktur an den Arbeitsplätzen der Landesbediensteten ist hierfür ein zentraler Baustein.

In den vergangenen Jahren hat sich das unkomplizierte Laden an den Liegenschaften des Dienstherrn als ein hocheffektives Instrument erwiesen, um den Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge gerade für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst finanziell und logistisch attraktiv zu gestalten. Dies gilt in besonderem Maße für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte im Schichtdienst – wie etwa bei der bayerischen Polizei –, die aufgrund ihrer unregelmäßigen Arbeitszeiten und oft langen Pendelstrecken auf verlässliche Lademöglichkeiten während der Dienstzeit angewiesen sind.

Mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2026/2027 wurde die Möglichkeit des kostenfreien Ladens für Bedienstete, die seit 2017 bestanden hat, abgeschafft. Jetzt muss ein sozial gerechtes Nachfolgemodell implementiert werden.

Die Umstellung auf marktübliche, profitorientierte Ladetarife von Drittanbietern an staatlichen Liegenschaften wäre energiepolitisch falsch. Es würde den mühsam erreichten Transformationsprozess ausbremsen und die Beschäftigten inmitten ohnehin hoher Lebenshaltungskosten zusätzlich belasten. Zudem steht der öffentliche Dienst im Freistaat in einem harten Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft um die besten Fachkräfte. Moderne Zusatzleistungen wie ein „Job-Charging“ gehören in vielen Unternehmen längst zum Standard-Repertoire der Mitarbeiterbindung.

Um den Klimaschutz aktiv zu leben und die Attraktivität des Freistaates als moderner, fürsorglicher Dienstherr zu untermauern, muss das Laden an staatlichen Liegenschaften dauerhaft attraktiv bleiben. Dabei stellt eine gedeckelte Kostenpauschale den einzig gangbaren, sozial gerechten Kompromiss dar. Eine bürokratische Überregulierung oder gar eine Kommerzialisierung der staatlichen Parkflächen zulasten der eigenen Bediensteten ist entschieden abzulehnen.



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Dr. Markus Büchler, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Entgeltliches Laden von privaten E-Fahrzeugen an öffentlichen Dienststellen in Bayern ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Bayern die kostenpflichtige Nutzung von Ladestrom für private Elektrofahrzeuge an Ladesäulen und Wallboxen von staatlichen Dienststellen zu ermöglichen. Dazu soll ein digitales Erfassungs- und Abrechnungssystem für die Nutzung der Ladeinfrastruktur zum Einsatz kommen, das den verbrauchsgenauen Nachweis von Ladestrom ermöglicht und die Daten automatisiert an die öffentlichen Arbeitgeber bzw. Kostenträger übermittelt. Übergangsweise soll eine pauschale Abrechnung für das Laden von Privat-Pkw angeboten werden.

Begründung:

Die mit öffentlichen Mitteln finanzierte Ladeinfrastruktur soll nicht nur dem Dienstverkehr dienen, sondern – im Sinne der Energiewende – auch den Einsatz lokal erzeugten Stroms ausschöpfen. Laden Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes in Bayern ihre privaten E-Fahrzeuge an der Dienststelle, wird verhindert, dass Ladesäulen brachliegen und damit das Potenzial für klimafreundliche Mobilität verloren geht. Im Sinne der Energiewende und eines attraktiven Arbeitsumfelds im Staatsdienst soll das Angebot erhalten bleiben.